

#### 4.5.4 Zusammenfassung der Ergebnisse

Angesichts der großen Zahl der empirischen Forschungen zu politischer Öffentlichkeit bzw. zu Teilen politischer Öffentlichkeiten, erscheint es auch am Ende diese Überblicks über den Stand der Forschung nicht einfach, ein klares Fazit zu ziehen. Schließlich hat sich der Stand der Forschung, soweit er hier schlaglichtartig wiedergegeben werden konnte, vielfach als mangelhaft und manches Mal als widersprüchlich mit Blick auf die postdemokratischen Hypothesen erwiesen. An manchen Stellen ist er jedoch auch als gut oder zumindest als gute Basis für weitere Untersuchungen zu betrachten.

Vor diesem komplexen Hintergrund erscheint es abschließend sinnvoll, die zentralen Ergebnisse nicht nur – wie in den bisherigen Ausführungen – entlang der drei Attribute Gleichheit, Offenheit und Diskursivität zu reflektieren, sondern sie auch zusammenfassend anhand der elf in Abschn. 4.4 formulierten Hypothesen zu den Merkmalen politischer Öffentlichkeit unter den Bedingungen der Postdemokratie zu bewerten (vgl. Tab. 4.2). Dieser Überblick verdeutlicht, dass der Stand der Forschung zu drei der insgesamt elf Hypothesen als gut oder zumindest befriedigend bezeichnet werden kann und dass in allen drei Fällen die postdemokratischen Erwartungen bestätigt werden.

Dies gilt erstens mit Blick auf Veränderungen der Akteursstruktur politischer Öffentlichkeit (Hypothese 1). Hier konnten Studien klar belegen, dass die Fokussierung der massenmedialen Berichterstattung auf politische und ökonomische Eliten in der Tat in den letzten Jahren zugenommen hat. Trotz der großen öffentlichen Aufmerksamkeit, die auch andere Akteursgruppen, wie beispielsweise Neue Soziale Bewegungen, gewinnen konnten, hat der Einfluss der genannten Eliten-Akteure auf die Öffentlichkeit zugenommen. Zweitens findet auch die postdemokratische These Bestätigung, dass ökonomische Themen an Bedeutung im öffentlichen Diskurs gewonnen haben (Hypothese 3). Die Zahl der Artikel, die sich mit Wirtschaft befassen bzw. die wirtschaftliche Aspekte in den Vordergrund der Betrachtung rücken, hat sowohl in absoluter wie auch in relativer Hinsicht deutlich zugenommen.

Diese beiden Ergebnisse sind vor dem Hintergrund des Postdemokratie-Diskurses zentral, da sie als Bestätigung der Erwartung eines zunehmenden Hegemonialwerdens neoliberalen Denkens interpretiert werden können. Wie in Kap. 3 verdeutlicht wurde, kann man in der Neoliberalisierungsannahme (und Kritik) den inhaltlichen Kern aller drei Konzepte sehen, die hier als zentrale Vertreter des so genannten Postdemokratie-Diskurses diskutiert wurden. Zwar setzen sich Crouch, Rancière und Wolin nur wenig systematisch mit Indikatoren oder Daten auseinander, der hier vorgelegte Überblick zeigt jedoch, dass ihre grundlegende Annahme durchaus als empirisch fundiert bezeichnet werden kann. Zwar wäre es des Weiteren durchaus ertragreich, wenn zusätzliche Indikatoren für

**Tab. 4.2** Die postdemokratischen (kurz: PD-) Hypothesen und der Stand der Forschung. (Quelle: Eigene Darstellung)

Hypothese	Forschungsstand	Teilweise befriedigend	Unbefriedigend
<i>Dimension Gleichheit</i>			
1	Der Kreis der Akteure beschränkt sich immer stärker auf politisch und ökonomisch Eliten sowie professionell agierende Sprecher, während „einfache Bürger“ und nicht-professionell agierende Interessenvertretungen seltener in der Öffentlichkeit sichtbar werden	Ökonomische Akteure und organisierte Zivilgesellschaft gut erforscht. Postdemokratische Erwartungen bestätigt	Wenig Forschung zu individuellen Akteuren
2	Der Einfluss von Akteuren mit hohem sozioökonomischem Status auf die politische Öffentlichkeit steigt im Zuge der Postdemokratisierung verglichen mit dem Einfluss anderer Bürgergruppen	Steigende Präsenz ökonomischer Akteure, aber Unklarheit bzgl. Bewertung. Erwartung bestätigt	
<i>Dimension Offenheit</i>			
3	Ökonomische Themen gewinnen relativ zu anderen Themen an Bedeutung im öffentlichen Diskurs	Gut erforscht und These bestätigt	
4	Nicht-ökonomische Themen werden immer häufiger ökonomisch „geframed“	Viele Framing-Studien, meist aber thematisch eng und kein ausreichender Längsschnitt	
<i>Dimension Diskursivität</i>			
5	Die Kontingenz politischer Entscheidungsfindung wird mit zunehmender Postdemokratisierung immer häufiger im öffentlichen Diskurs verleugnet		Keine/kaum Forschung

Tab. 4.2 Fortsetzung

Hypothese	Forschungsstand	
	Befriedigend	Unbefriedigend
6 Es wird immer häufiger darauf verwiesen, dass bestimmte Fragen nicht politisch entschieden werden können	Teilweise befriedigend	Unbefriedigend Keine/kaum Forschung
7 Die Konfliktivität politischer Fragen wird in der politischen Öffentlichkeit immer weniger sichtbar	Teilweise untersucht, Ergebnisse mit Blick auf PD aber unklar. Keine Hinweise auf sinkende Konfliktivität	
8 Im öffentlichen Diskurs wird immer häufiger auf die Möglichkeit und die Bedeutung einer „öffentlichen Meinung“ oder konsensualen Entscheidung gesamtgesellschaftlich verbindlicher Regelungen verwiesen		Weitgehend unklar, aber erste Hinweise auf Verengung des Spektrums abgebildeter Meinungen
9 Die Zahl der im öffentlichen Diskurs vorgebrachten Argumente und die Qualität des argumentativen Austausches sinken in PD-Phasen		Unklar, aber geeignete Messinstrumente verfügbar
10 Die Argumente, die vorgebracht werden, sind immer häufiger als wirtschaftliche Argumente zu klassifizieren		Unklar, nur über Framing-Analysen erste Einblicke
11 Merkmale boulevardisierter Kommunikation lassen sich häufiger beobachten	Gut erforscht und These bestätigt	

eine Neoliberalisierung getestet würden; so könnte man beispielsweise die Häufigkeit von TINA-Argumentationen erfassen oder anhand einer ‚Sentiment-Analyse‘, also einer Erhebung der typischerweise mit ökonomischen Diskurselementen einhergehenden Bewertungsattribute, überprüfen, ob und inwiefern diese Ökonomisierungsprozesse in der Öffentlichkeit als ein positiver Prozess in Erscheinung treten. Denn während die zunehmende Präsenz ökonomischer Akteure in der Öffentlichkeit gut belegt ist, bleibt ihr Einfluss bzw. ihre Bewertung nach wie vor weitgehend unklar (Hypothese 2). Ebenso ist bislang nicht zufriedenstellend erforscht, ob und in welchen Fällen ökonomische Frames und ökonomische Argumente an Bedeutung gewonnen haben (Hypothesen 4 und 10). Studien, die einzelne Themen und die kurze Frist in den Blick nehmen, zeigen zwar auf, dass ökonomische Frames und Argumente in der Öffentlichkeit Verwendung finden, längerfristige Trends konnten hier jedoch jeweils noch nicht in zufriedenstellender Art und Weise aufgezeigt werden.

Nichtsdestotrotz lässt der aktuelle Stand der empirischen Öffentlichkeitsforschung den Schluss zu, dass der theoretische Grund des Postdemokratie-Diskurses solider ist, als er von manch kritischer Stimme empfunden oder dargestellt wird. Je nachdem wie weitgehend man den Begriff fasst, mag es zwar zu weit gehen, heute von einer neoliberalen Hegemonie zu sprechen, Prozesse der Hegemonialisierung bzw. in der Vorländer’schen Terminologie der wachsenden „Deutungsmacht“ neoliberalen Denkens lassen sich jedoch durchaus nachweisen.

Die dritte in dieser Arbeit ausgearbeitete These über Merkmale postdemokratischer Öffentlichkeit, die bereits als empirisch hinreichend getestet bezeichnet werden kann, bezieht sich auf den Trend zur Boulevardisierung politischer Öffentlichkeit (Hypothese 11). Auch diese kann als verifiziert gelten, da es durch Untersuchungen zu Personalisierungs- und Skandalisierungstendenzen in der massenmedialen Berichterstattung mittlerweile klare Belege dafür gibt, dass die Öffentlichkeit heute stärker von Charakteristika boulevardisierter Kommunikation geprägt ist, als dies vor rund dreißig Jahren der Fall war. Umstritten mag dabei wiederum die Interpretation sein: Während postdemokratische (und andere Theoretiker) die Einschätzung teilen, dass mit dieser Entwicklung eine Verschlechterung demokratischer Qualität einhergeht, weil unter den Bedingungen boulevardisierter Kommunikation verkürzte, wenig sachliche und häufig auch einseitig verzerrte Informationen die Öffentlichkeit prägen, mögen andere Autoren sie als Öffnung der politischen Informationslandschaft für breite Bevölkerungsschichten interpretieren (vgl. bspw. Dörner 2001).

Zumindest in Ansätzen erforscht wurde auch die Hypothese 7, welche die Erwartung formuliert, dass die Konfliktivität in der politischen Öffentlichkeit an Bedeutung verliere. Studien, die ein ähnliches Erkenntnisinteresse verfolgen (wenngleich sie häufig ein etwas anderes Verständnis von Konflikt operationalisieren, als

es in dieser Arbeit entwickelt wurde), können entsprechende Annahmen jedoch nicht bestätigen. Ihre Ergebnisse deuten eher auf das Gegenteil hin, nämlich auf das zunehmende Sichtbarwerden vielfältiger, widerstreitender und häufig auch als unveröhnlich erscheinender Interessen.

Sowohl was die Annahmen zunehmender Kontingenzleugnung angeht (Hypothese 5) als auch mit Blick auf die Erwartung einer häufigeren Kompetenzleugnung bzw. -delegation (Hypothese 6), muss der Stand der Forschung jedoch als unbefriedigend bezeichnet werden. Gleiches gilt schließlich für die These der zunehmenden Konsensorientierung (Hypothese 8) und für Analysen, welche die argumentative Qualität politischer Diskurse untersuchen (Hypothese 9). Dass die Forschungsdesiderate überwiegend jene Hypothesen betreffen, die in der Dimension der Diskursivität verortet sind, ist wohl kein Zufall. Vielmehr zeigt diese Übersicht auf, dass mittel- und langfristige Diskursanalyse – trotz der einflussreichen und wichtigen Studien von Michel Foucault – vor allem in politikwissenschaftlichen Kontexten nach wie vor Mangelware sind. Dieser Zustand resultiert vermutlich, wie in diesem Abschnitt bereits mehrfach angesprochen wurde, maßgeblich aus forschungspraktischen Problemen. So können Studien, die große Datenmengen in den Blick nehmen müssen, nur vergleichsweise selten durchgeführt werden. Andererseits ist jedoch wohl auch die zu Beginn des Kapitels festgestellte weitgehende Blindheit vieler demokratietheoretischer Ansätze gegenüber der Bedeutung politischer Öffentlichkeit für den Mangel an diskursanalytischen Studien mitverantwortlich. Wo die Bedeutung öffentlicher Diskurse nicht erkannt wird, wird in der Regel auch nicht gefragt, wie sich diese verändert haben. Anders als es in der Politikwissenschaft der Fall ist, leidet die Kommunikationswissenschaft zwar nicht unter einer Geringschätzung der politischen Öffentlichkeit, ihre Studien stehen jedoch, wenn überhaupt, häufig nur in loser Verbindung zu normativen Theorien und setzen daher andere Schwerpunkte, als es aus demokratietheoretischer Perspektive wünschenswert erscheint.

Dieses Kapitel abschließend, zeigt sich also erstens, dass es trotz aller berechtigten Kritik am Postdemokratie-Diskurs in den Formulierungen von Crouch, Rancièrè und Wolin durchaus eine wichtige Leistung dieser Autoren ist, dass sie darauf aufmerksam gemacht haben, dass demokratische Qualität nicht nur von institutionellen Kontexten und bestimmten policy-Effekten abhängt. Ihre Arbeiten haben nicht nur eine aktualisierte Begründung der Bedeutung von Gleichheit für Demokratie geliefert, sondern auch den Grundstein dafür gelegt, den wissenschaftlichen Fokus verstärkt auf subtile Machtverhältnisse und diskursive Strukturen zu richten. Zweitens sollte dieses Kapitel – und nicht zuletzt die Auseinandersetzung mit dem Stand der Forschung in diesem Abschnitt – aufzeigen, dass und weshalb es sinnvoll ist, den Postdemokratie-Diskurs mit einem öffentlichkeitstheo-

retischen Schwerpunkt zu reformulieren. Dies baut nicht nur in einer sinnvollen Art und Weise auf die Arbeiten von Crouch, Rancière und Wolin auf und erlaubt es, sie in einen gemeinsamen Rahmen zu stellen, sondern die öffentlichkeitstheoretische Ausrichtung macht den Postdemokratie-Diskurs auch für eine umfassendere empirische Prüfung zugänglich, als es bislang der Fall war. Dass hierbei klare Forschungslücken sichtbar geworden sind, ist weder überraschend noch problematisch – schließlich ist es ein erklärtes Ziel neuer theoretischer Ansätze, neue Forschungsfragen sichtbar zu machen und empirische Überprüfungen zu inspirieren. Darüber hinaus stehen, nicht zuletzt dank mehrerer preiswerter oder frei verfügbarer Datensätze, in denen Zeitungsartikel archiviert sind, heute viele Wege offen, um die genannten Hypothesen in der Zukunft einer umfassenden Prüfung zu unterziehen und so wissenschaftlichen Fortschritt zu ermöglichen. Es erscheint also sowohl aus theoretischer Perspektive angebracht als auch aus empirischer Sicht möglich, demokratische Qualität in zukünftigen Forschungen (unter anderem) anhand diskursstruktureller Merkmale öffentlicher Kommunikation zu erfassen und zu bewerten.